

Harald Bretschneider	368
Kai Schnabel	374
Diskussion	379
Kurzvortrag	
Zu Auswirkungen der Geburtenentwicklungen auf die Gesellschaft	
Jürgen Dorbritz	391
Kurzvortrag	
Zur Lebenssituation alter Menschen	
Klaus-Peter Schwitzer	396
Kurzvortrag	
Zur Lebenssituation Behinderter	
Karl Habermann	401
Kurzvortrag	
Wanderungsbewegungen	
Volker Ronge	406
Vortrag	
Klaus Schroeder	410
Diskussion	417
Grußwort	
Bernd Ihme, 2. Bürgermeister der Landeshauptstadt Dresden	436
Podium	
Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik – Ausblick	
Rosemarie Keller	440
Jörg Maier	444
Rolf Schmachtenberg	448
Rainer Lubk	452
Reinhard Schmidt	457
Diskussion	460
Schlußwort	
Siegfried Vergin	482

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu dieser öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission in der wunderschönen Stadt Dresden. Ich hoffe, wir lassen uns nicht zu sehr ablenken von diesem Raum mit dem schönen Blick hinaus. Wir sitzen ja fast draußen,

dem Architekten und dem Baumeister dieses Hauses an dieser Stelle herzlichen Glückwunsch für das, was sie hier geleistet haben.

Wir wollen uns heute mit den wichtigen Themen „Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost“ beschäftigen.

Im Mittelpunkt der Anhörung stehen aktuelle wirtschaftliche und soziale Probleme, die vor dem Hintergrund von vierzig Jahren SED-Diktatur und deutscher Teilung konkretes politisches Handeln besonders erfordern. Ich möchte allen sachkundigen Referentinnen und Referenten, die unserer Einladung gefolgt sind, die uns informieren wollen und bereit sind, mit der Kommission zu diskutieren, herzlich danken. Mit Ihrem fachlichen Wissen werden Sie gewiß zum Gelingen dieser Anhörung beitragen.

In der heutigen Diskussion kommen Wissenschaftler, Politiker und Praktiker gleichermaßen zu Wort. Die wissenschaftlich-historische Analyse soll Farbe und Anschaulichkeit durch die Berichte derer gewinnen, die in der DDR-Wirtschaft Verantwortung getragen, in ihr gelebt und in ihr gearbeitet haben.

Nach langem Siechtum brach 1989 innerhalb von nur wenigen Wochen die administrative Kommandowirtschaft der DDR wie ein Kartenhaus zusammen. Der Bankrott der Zentralplanwirtschaft der DDR war die konsequente Quittung für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die SED-Führung hauptsächlich zu verantworten hatte.

Was waren die Ursachen für den Niedergang der DDR-Wirtschaft und den Zusammenbruch der Befehlswirtschaft? War es nur die ökonomische Inkompetenz einer handvoll politischer Machthaber oder war es vielmehr die Reformunfähigkeit des sozialistischen Systems überhaupt?

Die über die DDR-Wirtschaft eröffnete Konkursbilanz förderte fatale Ergebnisse zutage, die die SED-Führung bis dahin versucht hatte, strikt geheimzuhalten.

Das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft lag weit hinter dem westdeutschen Niveau zurück; der Kapitalstock war in weiten Teilen veraltet und unbrauchbar, die Infrastruktur unzureichend und mangelhaft. Ein Großteil der Produkte war am Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig, die Produktion einseitig auf die Staaten des früheren RGW zugeschnitten. Produktionsanlagen der Industrie waren zu 50 % verschlissen, in der Bauwirtschaft rund 70 % der maschinellen Ausrüstungen schrottreif.

Die sich seit Anfang der 80er Jahre zuspitzende Verschuldung der DDR, die außenwirtschaftlichen Belastungen und die ineffizienten planwirtschaftlichen Strukturen führten auch zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung.

Auch die Staatsfinanzen liefen der SED durch ausufernde Rüstungs- und Machtsicherungsmaßnahmen und durch eine auf Dauer unfinanzierbare Sozial- und Subventionspolitik aus dem Ruder. Im Zeitraum von 1981-1988 wurden

beispielsweise die Ausgaben für die „Streitkräfte“ von 9,4 Mrd. auf 15,7 Mrd. hochgetrieben. Die Kosten für das Imperium von Herrn Mielke und für die „Sicherung der Staatsgrenze“ stiegen im gleichen Zeitraum von 3,7 Mrd. auf 6,2 Mrd. Mark.

Im ersten Jahrzehnt der Honecker-Ära wurden in der DDR 210,5 Mrd. Mark Nationaleinkommen mehr verbraucht als durch die eigene Wirtschaft erzeugt wurde. Infolgedessen mußte ein erheblicher Teil der Sozialmaßnahmen entweder durch eine Verschuldung gegenüber Westdeutschland und den westlichen Industriestaaten finanziert oder durch Geldbeschaffung bei der Staatsbank bezahlt werden.

Die Verschuldung gegenüber den westlichen Industriestaaten erreichte so 1988 die Höhe von 49 Mrd. Valutamark.

Im Oktober 1989 leisteten Autoren der Staatlichen Plankommission unter Gerhard Schürer den Offenbarungseid mit den Worten und ich zitiere: „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards von 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen“.

Gelegentlich ist es notwendig, auch daran zu erinnern, wie der Wert des „volkseigenen Vermögens der DDR“ 1990 im Westen taxiert wurde. In der falschen Annahme, die DDR sei die zehntgrößte Industrienation der Erde, ging man von einem Industrievermögen von 1.200 Mrd. DM aus. So glaubten viele Fachleute im Westen z. B. bei den Verhandlungen zum Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, mit dem Verkauf der „volkseigenen Betriebe“ durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können. Und ich kann mich noch an eine Kabinettsitzung im Kabinett Modrow erinnern, wo wir ernsthaft überlegt haben, das war also keine Kabarettveranstaltung, was wir mit dem vielen Geld machen werden, das dann übrig bleibt. Wir haben überlegt, wie möglichst gerecht jeder einzelne DDR-Bürger davon seinen Teil bekommen soll. Da saßen übrigens auch altbundesrepublikanische Berater mit dabei, die also von Wirtschaft Ahnung hatten, damit man nicht bloß denkt, meine Güte, müssen die alle doof gewesen sein.

Auch der erste, später ermordete Präsident der Treuhandanstalt, Detlef Carsten Rohwedder, ging zu Beginn seiner Amtszeit 1990 noch von einem Netto-Industrievermögen der DDR in Höhe von 600 Mrd. DM aus. Tatsächlich aber beendete die Treuhand ihre Arbeit 1994 mit einem Defizit von etwa 250 Mrd. DM.

Im nachhinein habe ich mich oft gefragt, wie es zu dieser Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Leistungskraft der DDR kommen konnte. Lag es nicht schlicht und einfach daran, daß die Wirtschaftsfachleute im Westen zu wenig wußten? Ist nicht auch die westliche DDR-Forschung auf Propaganda und Desinformation der SED hereingefallen?

Was im Westen häufig wahrgenommen wurde, war letztendlich die Propaganda, die von Desinformationsspezialisten des Staatssicherheitsdienstes und der

SED überaus geschickt verbreitet wurden. Alles in allem ist dem DDR-Regime so sicherlich eines der größten Täuschungsmanöver aller Zeiten gelungen.

Sieben Jahre nach Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern sind die Fortschritte beim Aufbau Ost – trotz vieler bestehender Schwierigkeiten – unübersehbar. Die Einheit und der danach eingeleitete Aufbau Ost sind ein Gewinn für Ost- und Westdeutschland – politisch, kulturell und wirtschaftlich. Die Bevölkerung in den alten und den neuen Ländern hat bisher eine beispiellose Solidarität bewiesen. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern haben einen Strukturwandel im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und persönlichen Bereich ertragen und durchgestanden, der häufig ihre gesamten Lebensumstände von Grund auf geändert hat. Westdeutschland hat diese Aufbauleistung nicht nur mit beträchtlichen finanziellen Ressourcen, sondern auch mit dem persönlichen Engagement vieler Unternehmer und dem Einsatz von westdeutschen Bürgern in vielen anderen Bereichen unterstützt. Die überwältigende Mehrheit der Bürger akzeptiert, daß die aufgewendeten finanziellen Mittel im Rahmen des Wiederaufbaus der neuen Länder Investitionen in die Zukunft sind, die langfristig erhöhte Wettbewerbs- und Einkommenschancen Gesamtdeutschlands bedeuten.

Tatsächlich sind allein aus dem Bundeshaushalt zwischen 1990 und Ende 1996 720 Mrd. DM in die neuen Bundesländer geflossen. Die Gesamtsumme der Transferleistungen beträgt über eine Billion DM, eine für mich unvorstellbare Summe.

Wer mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer geht, sieht, welche gewaltigen Fortschritte schon erreicht worden sind, auch hier in dieser Stadt braucht man sich ja nur umzuschauen. Allerdings dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß der Aufbau Ost bei weitem noch nicht bewältigt ist.

Unser gemeinsames Ziel ist eine moderne, sich aus eigener Kraft im Wettbewerb behauptende Wirtschaft in den neuen Bundesländern, die in der Lage ist, viele neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die zweite Hälfte des Weges liegt noch vor uns. Sie wird nicht weniger schwierig sein als die bisher zurückgelegte Wegstrecke.

Niemand, so meine ich, kann heute eine verlässliche Prognose abgeben, in welchem Zeitraum die Wirtschaft der neuen Länder die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in den alten Bundesländern erreichen wird. Gegenwärtig liegt die Leistungsfähigkeit (Wertschöpfung je Erwerbstätigen) durchschnittlich bei 55 Prozent.

Entscheidend wird weiterhin die solidarische Anstrengung aller Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft sein.

In schweren Zeiten bietet sich gleichzeitig eine unglaubliche Chance. Die Chance, unser gesamtes System auf Sinn und Effizienz zu durchforsten, zu

entrümpeln und vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Eines muß klar sein: Nicht die deutsche Einheit hat unsere jetzige Gesellschaftskrise verursacht!

Die Folgen der vierzigjährigen Existenz der SED-Diktatur lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Die Probleme, die zu bewältigen waren und sind, wurden schlicht unterschätzt. Die Flexibilität, die Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft, die Mobilität, die von uns Ostdeutschen abverlangt wurde, das ist eine ungeheure Lebenserfahrung. Improvisation, Phantasie und Ideenreichtum können den Menschen in den neuen Bundesländern nicht abgesprochen werden, waren sie doch – anders als mancher das in Westdeutschland meinen mag – im Alltag der DDR eher gefordert als in der Überflußgesellschaft der alten Bundesrepublik. Sich auf diese Tugenden und Traditionen zu besinnen, bietet beste Voraussetzungen auch für ökonomische Erfolge. Bis zur wirklichen inneren Einheit liegt noch ein beträchtliches Stück Weges vor uns – und der – dazu gibt es keine Alternative – muß gemeinsam gegangen werden.

Was mich zuversichtlich stimmt, ist die Tatsache, daß es eine große Zahl entschlossener Menschen in den neuen Bundesländern gibt, die nicht nur hoch begabt und einsatzwillig sind, sondern auch begeistert oder begeisterungsfähig. Und auf die, die jetzt spüren, daß sich für sie hier eine große Chance auftut, müssen wir in Zukunft setzen.

Vieles deutet darauf hin, daß gerade hier eine Generation heranwächst, die tatkräftig das Leben in die Hand nehmen will – und die Bewährungsprobe bestehen wird.

Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Veranstaltung, die uns mehr Verständnis für die gegenwärtigen Schwierigkeiten und ihre Ursachen vermittelt und uns auf dem gemeinsamen wichtigen Weg der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gestaltung weiterbringen möge.

Ich gebe nun dem das Wort, dem ich in besonderer Weise ein Wort des Dankes von uns allen sagen möchte und zwar deswegen, daß er unserer Bitte entsprochen hat, für heute und morgen den Plenarsaal des Sächsischen Landtages uns zur Verfügung zu stellen. Wir sind sehr froh darüber, daß wir in diesem schönen und würdigen Rahmen unsere Anhörung durchführen können. Vielen Dank Herr Präsident, ich bitte Sie jetzt ums Wort.

Präsident des Sächsischen Landtages Erich Ilgen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kommissionsmitglieder und Sachverständige, liebe und verehrte Gäste. Natürlich habe ich gern der Bitte von Herrn Eppelmann entsprochen, der vom Deutschen Bundestag in seiner 13. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ den Plenarsaal des Sächsischen Landtages für eine öffentliche Anhörung zur Verfügung zu stellen. Ich möchte Sie alle ganz herzlich zu dieser Arbeitssitzung begrüßen, mit der Sie zugleich die bereits mehrfach praktizierte Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Sächsischen Landtag fortsetzen. Von besonderem Interesse ist der Gegenstand Ihrer Anhörung, mit der die Kommission den noch heute spür- und